Die Antworten

Kommunalpolitik ist wichtig! Nirgendwo sonst sind politische Entscheidungen so direkt spürbar für die Menschen. Nirgendwo sonst können wir mit unserer Stimme so direkt Einfluss nehmen. Die Liga der Freien Wohlfahrtpflege ist überparteilich und gibt keine Empfehlung zur Wahl einer bestimmten Partei. Als Wohlfahrtsverbände liegt uns das Soziale am Herzen. Für die Wahl im März 2021 wünschen wir uns, dass parlamentarische Mehrheiten entstehen, die unsere Ziele voranbringen.

Folgende Wünsche und Ziele für den Landkreis hat die Liga der Freien Wohlfahrtspflege:

Kommunen schaffen mühelose Zugänge.

- ✓ Öffentliche, soziale und kulturelle Einrichtungen, Behörden, Ämter sind inklusiv, barrierefrei und für alle Menschen erreichbar und ansprechbar, unabhängig von sozialem Status, Deutsch- und Computerkenntnissen oder Art der Behinderung.
- ✓ Um Kommunikationsbarrieren abzubauen, werden die Kosten für Gebärden-, Schrift-, Lormen- und professionelle Sprach-Dolmetschungsdienste übernommen.
- ✓ Der öffentliche Nahverkehr ist auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar, barrierefrei und wird insbesondere im ländlichen Raum ausgebaut.
- ✓ Benachteiligte und arbeitslose Menschen werden durch lokale Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme und -politik beim Einstieg in den Arbeitsmarkt unterstützt.

- ✓ Die sexuelle und reproduktive Gesundheit wird umfassend gefördert. Dazu gehören sexualpädagogische Beratung, der Zugang zu medizinischen Angeboten wie beispielsweise einem Schwangerschaftsabbruch und Alternativen.

Die Liga Hersfeld-Rotenburg fragt:

? Seit März 2009 ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) rechtsverbindlich. Um sie auf regionaler Ebene umzusetzen, sind Kommunen, Vereine und Unternehmen aufgefordert, Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen und auf allen Ebenen zu beteiligen. Eine mögliche Form der Beteiligung ist ein Behindertenbeirat.

? Inwiefern setzen Sie und Ihre Partei sich dafür ein, diese Form der Beteiligung als wichtiges Element für die Beratung von Politik und Verwaltung rund um das Thema Inklusion zu erhalten und zu nutzen?

Die Fraktion des Landkreises der FDP antwortet:
Die Umsetzung ist wichtig und die Vorschläge der Behindertenbeiräte nehmen wir sehr ernst.

Die Fraktion des Landkreises von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:
Inklusion, Barrierefreiheit und die Berücksichtigung von Anliegen von Menschen mit Behinderung ist für uns Grüne ein wichtiges Thema. Barrierefreiheit bei Infrastruktureinrichtungen wie Bushaltestellen oder öffentlichen Gebäuden muss von Beginn an mitbedacht werden.

Um Inklusion von Anfang an zu ermöglichen, sollen Kitas entsprechend ausgebaut werden. Wir möchten, dass garantiert wird, dass bei Inklusionsschüler*innen auch entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden. Das soll vor allem in Form von zusätzlichen Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften geschehen. Es gibt im Landkreis zwar unterrichtsbegleitendes Fachpersonal, doch dieses Angebot muss dringend weiter ausgebaut werden – und dafür setzen wir uns ein!

Die Fraktion des Landkreises der Linken antwortet:
In unserem Wahlprogramm steht dazu:

Für DIE LINKE. hat eine gute Behindertenpolitik das Ziel, Menschen mit Behinderungen eine entsprechend ihrer Fähigkeiten möglichst unabhängige Lebensführung und die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens zu ermöglichen.

Wir setzen uns auf kommunaler Ebene ein für die Umsetzung der UNKonvention der Rechte behinderter Menschen. Dabei wollen wir nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entscheiden, sondern Projekte und Vereine für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen Stärken (siehe Wahlprogramm).

Der Slogan „mit uns nicht über und“ gilt in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung unverändert. Aus unserer Sicht muss die Bürgerbeteiligung bei allen Fragen verbessert werden. Dazu gehört auch die Einbeziehung von Menschen mit Behinderung. Ein Behindertenbeirat kann dazu ein gutes Instrument sein, sollte dann aber auch mit den nötigen Mitteln und Befugnissen ausgestattet sein. Ein weiteres Alibigremium brauchen wir nicht.

Die Fraktion des Landkreises der SPD antwortet mündlich:
Grundsätzlich ist ein solches Gremium zu begrüßen. Eine erfolgreiche Arbeit hängt sehr von der personellen Besetzung ab.

Die Liga Hersfeld-Rotenburg fragt:

? Der Nordhessische VerkehrsVerbund (NVV) teilte mit, dass mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2020 einzelne Haltestellen und ganze Ortschaften zwischen Bad Hersfeld und Alsfeld nicht mehr angefahren werden. So war geplant, die Haltestelle in Breitenbach-Oberjossa nicht mehr regelhaft anzufahren, die erst jüngst behindertengerecht umgebaut wurde, sodass auch die Rollstuhlfahrer*innen der Einrichtung sie nutzen konnten. Für die dort lebenden 50 Bewohner*innen einer Einrichtung der Eingliederungshilfe und die Werkstattbeschäftigten einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) fehlt nun die regelhafte Anbindung an den ÖPNV. Die Bewohner*innen und die Werkstattbeschäftigten wurden somit vom Recht der Teilhabe und der Nutzung des hiesigen Sozialraums (z. B. Arbeit, Einkauf, medizinische Vorsorge oder kulturelle Angebote) ausgeschossen.

Auf Intervention des Trägers in Oberjossa hat der NVV eine Anpassung des Fahrplans vorgenommen, jedoch sind die Bewohner*innen in den Ferienzeiten und an den Wochenenden weiterhin von der regelhaften Anbindung im Rahmen des ÖPNV ausgeschlossen. Die vom NVV angedachte Nutzung von Anrufsammeltaxis für die Bewohner*innen ist nicht akzeptabel, da sie die Bewohner*innen vor enorme Herausforderungen stellt:

- Die Nutzung von Anrufsammeltaxis kann kognitiv nicht von allen Bewohner*innen selbstständig geplant werden. Gerade bei der Rückfahrt kann hierbei auch kein Betreuungspersonal unterstützend tätig werden.
- Bei den Bewohner*innen muss ein Mobiltelefon vorhanden sein und auch funktionieren, z. B. mit Geld aufgeladen sein.
- Der Anrufsammeltaxizuschlag führt bei Grundsicherungsempfänger*innen zu einer enormen finanziellen Problematik.

  Die Liga fordert: Die Bushaltestelle in Breitenbach-Oberjossa muss vom Linienverkehr des NVV regelhaft angefahren werden; gerade auch vor dem Hintergrund, dass die Busse regelhaft die gebaute Umgehungsstraße von Oberjossa fahren und die ursprüngliche Durchfahrt durch den Ort zu keinem Mehrzeitaufwand und auch zu keinem Umweg führt.

? Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang dazu, dass eine Haltestelle in Oberjossa, die direkt vor einer Einrichtung der Eingliederungshilfe mit Rollstuhlfahrer*innen liegt, nicht mehr vom NVV angefahren wird, geschlossen werden soll und der NVV sein Haltestellennetz grundsätzlich zurückfährt?

Die Fraktion des Landkreises der FDP antwortet:

Gute Busverbinden sind für alle ist generell ein wichtiges Anliegen unsererseits. Über das konkrete Problem ist mit dem NVV zu sprechen und eine geeignete Lösung für die Menschen zu finden.

Die Fraktion des Landkreises von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:

Wir unterstützen die Liga in ihren Bestrebungen, dass die Haltestelle in Oberjossa wieder regelmäßig angefahren wird. Ein gut ausgebauter ÖPNV ist ein wichtiges Element, um den ländlichen Raum attraktiv zu halten. Vor allem für Menschen ohne eigenes Auto, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind, ist ein Busverkehr unersetzlich, damit sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Die Fraktion des Landkreises der Linken antwortet:

Der ÖPNV ist für uns die Fortbewegung der Zukunft. Dafür muss er aber viel besser ausgebaut werden. Niemand wird auf das Auto verzichten, wenn die Verbindungen zu umständlich, der Preis zu hoch und die Taktung unbefriedigend ist. Und

selbstverständlich müssen spezielle Wohn- und Arbeitsorte von Menschen mit Behinderung so an den ÖPNV angeschlossen sein, dass sie fußläufig erreichbar sind. Das gilt auch für Seniorenwohnanlagen (betreutes Wohnen). Die Fahrpläne müssen auch an die Schichtanfänge und Enden größerer Betriebe angepasst sein. Niemand will nach Feierabend eine halbe Stunde auf den Bus warten. Hieraus folgt: Der Haltepunkt in Oberjossa muss unbedingt erhalten bleiben.

Die Fraktion des Landkreises der SPD antwortet mündlich:
Der ÖPNV muss ausgebaut werden. Die lokalen Linien werden vom Kreis finanziert.

Die Liga Hersfeld-Rotenburg fragt:

? Nach der Beratungsregelung (§ 218a Abs. 1StGB und §§ 5 ff. Schwangerschaftskonfliktgesetz) dürfen Frauen ihre Schwangerschaft abbrechen lassen. Diese höchstpersönliche Entscheidung kann und darf niemand anderes für die Frauen treffen. Im Landkreis Hersfeld-Rotenburg gibt es keine Möglichkeit den Abbruch vornehmen zu lassen. Das stellt die Frauen teilweise vor unüberwindbare Hürden. Wie werden Sie sich, wird sich Ihre Partei künftig einsetzen, damit die Behandlung von Ärzt*innen im landkreiseigenen Klinikum durchgeführt wird?

Die Fraktion des Landkreises der FDP antwortet:
Wir werden diese Thematik gerne aufgreifen mit dem neuen Landrat über Lösungsmöglichkeiten sprechen.

Die Fraktion des Landkreises von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:
Das reproduktive Selbstbestimmungsrecht der Frau ist für uns ein wichtiges Anliegen. So haben wir uns beispielsweise für den Verhütungsmittelfonds eingesetzt, worüber finanziell schwachen Frauen die Kosten für Verhütungsmittel erstattet werden. Im Gespräch mit der Klinikleitung wollen wir auch das Thema Schwangerschaftsabbruch im Landkreis ansprechen. Frauen, die sich nach sicherlich nicht leichten Abwägungen und Beratungen zu einem Schwangerschaftsabbruch entschieden haben, sollen nicht bis Kassel oder weiterfahren müssen, um diesen Eingriff vornehmen zu lassen.

Die Fraktion des Landkreises der Linken antwortet:
Die Regelungen des §218 StGB sind für uns von großer Bedeutung. Wir bedauern sehr, dass in Hessen an keiner medizinischen Fakultät Ärzt*innen ausgebildet werden, die einen solchen Eingriff vornehmen können. Die öffentliche Stimmungsmache gegen Ärzt*innen trägt dazu bei, dass sich immer weniger Mediziner*innen finden, die einen solchen Eingriff vornehmen.

Der Kreis ist zwar einziger Gesellschafter des Klinikum Hersfeld Rotenburg, der Kreistag nimmt aber auf das operative Geschäft keinen Einfluss, sollte sich hier aber durchaus im Interesse der Frauen einsetzen.

Die Fraktion des Landkreises der SPD antwortet mündlich:
Ärzte können nicht gezwungen werden Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen. Es gab diesbezüglich bereits Gespräche mit der Klinikleitung, ohne Erfolg.

Die **Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hersfeld-Rotenburg** ist die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände im Landkreis Hersfeld-Rotenburg – ein starkes sozialpolitisches Bündnis.

Die Liga vertritt die Wohlfahrtsverbände:

- Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Hersfeld-Rotenburg e.V.
- Caritasverband Kassel e.V., Kreisdienststelle Hersfeld-Rotenburg
- Der Paritätische Hessen e.V., Kreisgruppe Hersfeld-Rotenburg
- Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverbände Hersfeld und Rotenburg e.V.
- Diakonisches Werk/Arbeitsgemeinschaft für Diakonische Dienste im Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Als Interessenvertretung ist die Liga für die kommunale Politik, kommunale Stellen, Behörden und weitere Institutionen des öffentlichen Lebens erste Ansprechpartnerin im Bereich Soziales. Ihr Ziel ist, optimale soziale Rahmenbedingungen für die Menschen in Hersfeld-Rotenburg zu schaffen. Die Zusammenarbeit innerhalb der Liga, mit dem Landkreis und sonstigen Behörden sowie Institutionen soll darauf gerichtet sein, dass sie sich zum Wohle der auf Hilfe angewiesenen Menschen wirksam ergänzt.

Die Liga vertritt die gemeinsamen verbandspolitischen Interessen gegenüber dem Landkreis, seinen kreisangehörigen Gemeinden und sonstigen öffentlichen und privaten Institutionen im Landkreis Hersfeld-Rotenburg zum Nutzen der Menschen, die auf die Hilfen der Freien Wohlfahrtspflege angewiesen sind.